



Europäische Union
Regionalpolitik

de info regio panorama

11

September 2003

Interview

Jeremy Smith,
Generalsekretär
des Rates der
Gemeinden und
Regionen Europas

Im Klartext

Die Regionalpro-
gramme für inno-
vative Maßnahmen

Entdeckungsreise durch ein Beitrittsland

Malta

Porträt einer Region

Südschweden



Innovative Regionen



Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat im Mai 2003 seine Hauptversammlung in Posen (Polen) abgehalten.

Inwieweit hat die Entscheidung für diesen Tagungsort erlaubt, die Beziehungen zwischen den kommunalen und regionalen Behörden der heutigen und künftigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu festigen?

Es war die erste Hauptversammlung des RGRE in einem mitteleuropäischen Land. Die Stadt Posen hat die Sitzung ganz hervorragend organisiert. Die Tatsache, dass über 700 Vertreter von Städten und Regionen aus ganz Europa in einem künftigen Mitgliedstaat zusammengekommen sind, um dort ihre Informationen, Erfahrungen und Sorgen auszutauschen, ist von unschätzbarem Wert.

Der RGRE hat jedoch nicht auf die Erweiterung gewartet, um Mitglieder aus Ländern wie Polen und Tschechien oder auch Island, der Schweiz und der Ukraine aufzunehmen. Übrigens sind in Posen zwei neue Länder hinzugekommen, Mazedonien und Serbien.

Und wir denken schon jetzt an die künftigen Bewerberländer der nächsten Runde.

Auf Ihrer Versammlung haben Vertreter der Ziel-1-Regionen ihre Besorgnis über die Folgen der Erweiterung geäußert. Aufgrund eines rein mechanischen Effekts werden manche dieser Regionen keine Gemeinschaftsunterstützung mehr erhalten, obwohl sie faktisch weiterhin benachteiligt sein werden. Welche Botschaft richtet der RGRE, im Hinblick auf die Zukunft der Kohäsionspolitik, diesbezüglich an die Kommission?

Der RGRE und die Kommission sind in vieler Hinsicht auf der gleichen Wellenlänge. Wir möchten, dass die Regel „75 % des europäischen BIP für die Ziel-1-Regionen“ beibehalten wird, gleichzeitig aber die Regionen, die aus rein statistischen Gründen nicht mehr zum Ziel 1 gehören, in ein Übergangsprogramm aufgenommen werden. Außerdem sind wir der Meinung, dass ein neues Ziel 2 allen Regionen zugänglich sein und die Verteilung des Haushalts der Strukturfonds künftig nach folgendem Schlüssel erfolgen sollte: zwei Drittel für Ziel 1 und ein Drittel für das neue Ziel 2. Dieses Ziel 2 würde unter anderem interregionale Zusammenarbeit, Deindustrialisierung

oder auch die schwach bevölkerten Regionen umfassen.

Es geht hier nicht nur um eine finanzielle Frage, sondern vor allem darum, den Geist der Kohäsionspolitik aufrechtzuerhalten, das heißt das Konzept der europäischen Solidarität und das Prinzip, nach dem die Union sich nicht entwickeln kann, wenn zwischen seinen Regionen zu große Unterschiede bestehen.

Was den finanziellen Aspekt anbelangt, waren die Beitrittsverhandlungen sehr hart. Aber ist das Hinzukommen der Städte und Regionen der künftigen Mitgliedstaaten im Hinblick auf neue Ideen und Erfahrungen nicht für alle von Vorteil?

Wir dürfen uns nichts vormachen: Die Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten ist eine großartige Chance und gleichzeitig eine Herausforderung. Die meisten der nächsten EU-Mitglieder wurden in der Vergangenheit nach dem Prinzip des Zentralismus regiert, und das hat seine Spuren hinterlassen. Nun müssen wir ihren Regional- und Kommunalbehörden helfen und sie an den Erfahrungen ihrer Kollegen in der Union teilhaben lassen. Auch die Frage der Strukturfonds stellt ein Problem dar. Andererseits haben die kommu-

Übersicht

Verantwortlicher Herausgeber: Thierry Daman, EK, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift ist auf der Website http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm in den elf Amtssprachen der Europäischen Union verfügbar. Sie wird in gedruckter Form in fünf Sprachen (FR, EN, DE, ES, IT) auf Recyclingpapier aufgelegt. Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.

Fotonachweis(Seiten): Mike St Maur Sheil (1, 4, 12), CCRE (2), AEIDL (8), Government of Malta (9), SydSam (10, 11), Lisa Clement (13), Parco Nazionale dello Stelvio/Stilfserjoch (14, 15). Umschlag: Vom EFRE finanziertes städtisches Pilotprojekt — Restaurierung einer Mühle in Skerries (Irland).

4



Die Regionalprogramme für innovative Maßnahmen: Versuchslabors für Qualität

7



FORMEZ, ein Instrument im Dienste der italienischen Gebietskörperschaften

nalen und regionalen Behörden auch der Union einiges zu bieten, und sei es auch nur aufgrund ihrer Jugend und Dynamik: Prag zum Beispiel verfügt über ein ultramodernes informatisiertes öffentliches Verkehrssystem, von dem sich viele Städte der EU inspirieren lassen könnten.

Außerdem bin ich davon überzeugt, dass die Kontakte, der Erfahrungsaustausch zwischen Städten und Regionen von 25 Ländern immer ergiebiger sind als zwischen denen von 15. Schließlich sind alle Städte, alle Regionen in unterschiedlichem Maße mit den gleichen Problemen konfrontiert: Wenn sich die Vertreter der Städte und Regionen von 25 Mitgliedstaaten gemeinsam Gedanken machen, dürften sich die Chancen, Lösungen für diese Probleme zu finden, entsprechend potenzieren.

Der RGRE hat sich mehrfach für eine Verstärkung der städtischen Dimension in den Strukturfonds ausgesprochen. Können Sie Ihren Standpunkt näher erläutern?

Ein beachtlicher Teil der Strukturfonds wird in den Städten ausgegeben, aber dabei fehlt es an Kohärenz. Dazu kommt, dass rund 80 % der europäischen Bevölkerung in Städten lebt – in den Strukturfonds hat die städtische Dimension jedoch keineswegs den ihr gebührenden Stellenwert. Diese städtische Dimension hat zwei Seiten: einerseits die Großstädte, die teils vollwertige Regionen darstellen, und andererseits die Kleinstädte, die in der integrierten städtisch-ländlichen Entwicklung eine entscheidende Rolle spielen. Nicht zuletzt sind zahlreiche Aspekte der Regionalpolitik untrennbar mit Stadtpolitik verknüpft, etwa der Verkehr, die Beschäftigung oder auch Zuwanderungsfragen. Dies sind Tatsachen, die

sich nicht leugnen lassen. Daher scheint es mir nur logisch, dass die Strukturfonds sich eindeutiger der städtischen Dimension öffnen. In Posen hat einer der Teilnehmer der Sitzung über die Kohäsionspolitik übrigens bemerkt: „Unabhängig von seinem Namen vertritt der Ausschuss der Regionen der EU die Regionen *und* die Städte der Union. Daraus könnte man also schließen, dass die Regionalpolitik eine regionale *und* städtische Dimension haben muss“.

In der in Posen angenommenen Erklärung fordert der RGRE eine verstärkte Anerkennung der Rolle der kommunalen und regionalen Behörden seitens der Europäischen Union. Wie lauten Ihre konkreten Vorschläge?

Vor allem wollen wir eine bessere Definition des Subsidiaritätsprinzips, das die Kommunal- und Regionalbehörden ausdrücklich erwähnt; wir möchten, dass die künftige Verfassung die Grundsätze der kommunalen und regionalen Autonomie so einbezieht, wie sie in der europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung dargelegt sind, und dass die Behörden auf kommunaler und regionaler Ebene systematisch an der Ausarbeitung und Durchführung der sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Nicht zuletzt verlangen wir mehr Befugnisse für den Ausschuss der Regionen.

Kurz gesagt möchte der RGRE darauf hinwirken, dass das Europa der 25 ein wirklich bürgernahes Europa wird, und dazu muss die kommunale und regionale Dimension innerhalb der Union gestärkt werden.

Es ist erfreulich, dass die meisten dieser Punkte seit unserem Aufruf von Posen in den neuen Verfassungsentwurf aufgenommen wurden.

100 000 kommunale und regionale Gebietskörperschaften unter einem Dach

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wurde im Jahr 1951, also nur wenige Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs, von etwa fünfzig Bürgermeistern gegründet. In dieser Zeit begann der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft. Der RGRE ging als Wegbereiter voran.

Heute, ein halbes Jahrhundert später, umfasst der RGRE über 100 000 kommunale und regionale Gebietskörperschaften, die in über 44 nationalen Mitgliedsverbänden in 31 europäischen Ländern zusammengeschlossen sind – ein unaufhaltsam wachsender Dachverband.

Der RGRE vertritt zwei Überzeugungen:

- kommunale Demokratie ist die Grundlage jedes öffentlichen Lebens;
- den Gebietskörperschaften fällt bei der Verwirklichung der Europäischen Union eine wesentliche Rolle zu.

Diesbezüglich hat der RGRE darauf hingewirkt, dass diese Rolle der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften im Konvent über die Zukunft Europas stärker berücksichtigt wurde. In diesem Zusammenhang ist übrigens darauf hinzuweisen, dass der Präsident des RGRE Valéry Giscard d'Estaing ist, der auch den Vorsitz des Konvents geführt hat.

Der RGRE bemüht sich, die Gemeinschaftsentscheidungen zu beeinflussen. Gleichzeitig arbeitet er jedoch darauf hin, den Austausch von Erfahrungen und Ideen, die Verbreitung bewährter Praktiken zwischen seinen Mitgliedern auf europäischer Ebene zu vereinfachen. In diesem Geiste stand der RGRE gewissermaßen auch Pate für 26 000 Partnerschaften zwischen Gebietskörperschaften in Europa.

Kontakt:

CCRE

Rue d'Arlon 22-24

B-1050 Brüssel

Tel. (32-2) 511 74 77



Fax(32-2) 511 09 49

E-Mail: cemr@ccre.org

Internet: <http://www.ccre.org>

8



Malta: Bindeglied im Mittelmeer – Fragen an Edward Fenech Adami, Premierminister der Republik Malta

10



Südschweden: ein Tor zum Baltikum

12



Über die Verordnung 1159/2000 hinaus: bessere Aufklärung über die Strukturfonds

14



Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch (Italien): Strukturfonds – der Natur zuliebe

Die Regionalprogramme für innovative Maßnahmen Versuchslabors für Qualität

Zwar ist es dem EFRE gelungen, die Unterschiede zwischen den Regionen der Europäischen Union zu verringern, doch im Hinblick auf High Technology und den Zugang zur Informationsgesellschaft – zwei Schlüsselfaktoren für die nachhaltige Entwicklung problembehafteter Regionen – hat sich eine Kluft aufgetan. Durch die „Regionalprogramme für innovative Maßnahmen“ können diese Regionen für schwierige Fragen innovative Lösungen erproben und von ihrer Katalysatorwirkung profitieren.

Für den Zeitraum 2000-2006 stellt die Europäische Kommission den vom EFRE unterstützten Regionen (Ziel 1 und Ziel 2) zur Finanzierung der „Regionalprogramme für innovative Maßnahmen“ 400 Mio. EUR zur Verfügung. Dies entspricht 0,4 % des Budgets des EFRE. Ein Tropfen auf den heißen Stein? Keineswegs, denn mit diesem Instrument wird ein ganz bestimmtes Ziel verfolgt. In erster Linie sollen die innovativen Maßnahmen im Hinblick auf sehr schwierige regionale Probleme eine Katalysatorwirkung auslösen und den entscheidenden Mehrwert bringen. Es geht darum, die Qualität der Strukturfondsinterventionen zu verbessern.

Technologische Kluft

Warum diese Programme? Wie aus dem Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Europäischen Union für 2001 hervorgeht, verringern sich die Unterschiede zwischen den Regionen, was Infrastrukturen und das BIP anbelangt. Allerdings wird dieses positive Bild von der Tatsache überschattet, dass zwischen eben diesen Regionen eine technologische Kluft entsteht. Eine beunruhigende Feststellung, da der dauerhafte wirtschaftliche Erfolg einer Region ganz offensichtlich von den in Innovation und FuE (Forschung und Entwicklung) unternommenen Bemühungen abhängt.

Mehrere Indikatoren belegen diese Situation. Beispielsweise stellen Arbeitsplätze in Verbindung mit Hightech in den 25 fortgeschrittensten Regionen knapp 15 % der Gesamtbeschäftigung dar, in den am schwächsten entwickelten Regionen hingegen gerade mal 4 %. Und für FuE geben 15 % der Regionen genauso viel aus wie alle anderen Regionen zusammen. Was den Internet-Zugang betrifft, steigt zwar die Quote für die Union im Ganzen, aber auch die Abstände zwischen den einzelnen Regionen vergrößern sich (mit Prozentzahlen, die teils um das Dreifache variieren). Im Hinblick auf schnellen Internet-Breitbandzugang sind die städtischen Gebiete und gewisse ländliche Gebiete durch einen tiefen „digitalen Graben“ voneinander getrennt.

Schwerpunkt auf „Software“

Um diese Schwächen zu korrigieren und einen echten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu erreichen, muss die öffentliche Intervention verstärkt und den Regionen eine wichtigere Rolle übertragen werden. Vor diesem Hintergrund sollen die innovativen Maßnahmen die „Software“,

das heißt immaterielle Faktoren wie Vernetzung, Partnerschaften usw., und nicht die „Hardware“ (die Infrastrukturen) in Angriff nehmen und in Schlüsselbereichen Anstöße für neue Lösungen geben, die den Aufschwung benachteiligter Regionen vorantreiben können.

Bei diesen Schlüsselbereichen handelt es sich um:

- die Förderung einer auf Wissen und technologischer Innovation basierenden Regionalwirtschaft;
- die Stimulation der Informationsgesellschaft im Dienste der regionalen Entwicklung;
- die Verstärkung der regionalen Identität und der nachhaltigen Entwicklung.



Dank eines Regionalprogramms für innovative Maßnahmen konnte der walisische Mineralwasserhersteller Radnor Hills Water seine Anlagen modernisieren.

Für die ersten zwei Jahre (2001 und 2002) hat die Europäische Kommission 126 regionale Programme für innovative Aktionen (von 156 potenziell betroffenen Regionen) genehmigt und mit einem Budget von insgesamt 310 Mio. EUR ausgestattet, das durch die öffentlichen und privaten Eigenbeiträge der Regionen ergänzt wird.

Vor allem zwei Faktoren erklären diesen Erfolg. Der erste hängt mit dem vereinfachten Einreichungs- und Auswahlverfahren zusammen. Jedes Jahr schicken die interessierten Regionen der Kommission bis zum 31. Mai ihre Bewerbung zu. Ein Programm innovativer Maßnahmen erstreckt sich über maximal zwei Jahre und kann Beihilfen bis zu 3 Mio. EUR erhalten. Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Dezentralisierung: Die Regionen sind hier voll verantwortlich für die Leitung und Finanzkontrolle des Programms.

Innovative Ideen übertragen

Die Voraussetzung für erfolgreiche innovative Maßnahmen ist ein qualitativer Ansatz auf allen Ebenen. Die Regionen werden folglich aufgefordert, möglichst umfassende Partnerschaften aufzubauen, die den Privatsektor, die KMU und die Organisationen der Zivilgesellschaft einbeziehen.

Eine andere Kernidee betrifft die Übertragung von Pilotexperimenten. Dieser Austausch bewährter Methoden wird in erster Linie innerhalb der Regionen gefördert. Tatsächlich kommen die innovativen Maßnahmen ja der Region im Ganzen zugute, und so wird der Transfer von Know-how auf dem gesamten regionalen Gebiet unterstützt.

Die Kommission wollte jedoch noch einen Schritt weitergehen und auch den Ideenaustausch, die Begegnung mit Partnern zwischen verschiedenen Regionen in Gang bringen. Daher hat sie beschlossen, in Verbindung mit den Programmen für innovative Maßnahmen thematische Netze mitzufinanzieren, um den Erfahrungsaustausch zu intensivieren. Drei derartige Netze sind derzeit bereits aktiv.

Das erste, IANIS, wird vom Land Sachsen geleitet; es umfasst 28 Regionen und betrifft das Thema Informationsgesellschaft. Die Koordination des zweiten Netzwerks, das sich mit dem Problem der nachhaltigen Entwicklung befasst und zwölf Regionen zusammenschließt, liegt in Händen der Region Wales. Emilia-Romagna ist für die Leitung des dritten, der technologischen Innovation gewidmeten Netzwerks – ERIK – zuständig, an dem 13 Regionen mitwirken.

Die innovativen Maßnahmen dienen als regionale Labors zur Erprobung neuer Lösungen – Lösungen, die für eine

Vom Kulturerbe bis zum Satelliten

Die Regionen können in ihren Programmvorschlägen ein, zwei oder drei Schwerpunkte wählen. In den Jahren 2001 und 2002 entschied sich ein Viertel der Regionen für nachhaltige Entwicklung. Drei Viertel der Regionen machten hingegen technologische Innovation und die Informationsgesellschaft zu ihrem Thema.

Mitte 2003 war es noch zu früh, um eine vollständige Bilanz der vor Ort durchgeführten Projekte zu ziehen. Allerdings zeichnen sich bereits bestimmte Tendenzen ab, die den Facettenreichtum und die Vielfalt der Programme widerspiegeln.

Im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung haben die Regionen vier Themen in den Vordergrund gestellt: den nachhaltigen Tourismus, die Aufwertung des Kultur- und Naturerbes, neue Infrastrukturen und Verkehrsarten und die Entwicklung erneuerbarer Energien.

Was technologische Innovation anbelangt, betreffen die Maßnahmen vor allem die Stärkung von Industrie-Clustern und Unternehmensnetzen, die Zusammenarbeit zwischen KMU, Hochschulen und Forschungszentren sowie die Bereitstellung moderner Beratungsdienstleistungen und innerbetrieblicher Technologie-Audits.

Zur Förderung des Zugangs zur Informationsgesellschaft werden in mehreren wichtigen Bereichen innovative Maßnahmen durchgeführt: Online-Behördendienstleistungen, Elektronik im Dienst von Unternehmen oder auch Versuche im Zusammenhang mit Hochgeschwindigkeits-Internetzugang per Satellit für Berggebiete oder abgelegene ländliche Gebiete.

umfassende Verbreitung geeignet sind, insbesondere im Hinblick auf eine Revision der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/innovation/index_de.htm

Kontaktadressen der thematischen Netze:

Informationsgesellschaft: matthias.mueller@bvl.sk.sachsen.de

Nachhaltige Entwicklung: john.clarke@wales.gsi.gov.uk

Technologische Innovation: s.sorbi@regione.toscana.it
und/oder sbertini@regione.emilia-romagna.it

Preis für regionale Innovation

Um die Verbreitung bewährter Verfahren zu unterstützen, ermuntert die Europäische Kommission die Regionen, die ein Programm für innovative Maßnahmen durchführen, zur Teilnahme an einem Wettbewerb für regionale Innovation. Die betreffenden Regionen sind aufgefordert, der Kommission bis zum 31. Oktober 2003 ein in ihren Augen besonders innovatives Projekt zu übermitteln. Die eingereichten Projekte werden von einer Jury unter Vorsitz von Antonio Guterres, Portugals ehemaligem Premierminister, geprüft. Die Preisverleihung (ein Preis für jedes Thema) findet im April 2004 im Rahmen einer Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen statt.



Preis für regionale Innovation: die vollzählige Jury um Antonio Guterres (Fünfter von links).

Nützliche Hilfen

Ein Instrument im Dienst der italienischen Gebietskörperschaften Durch FORMEZ wird Europa „ansteckend“

Die italienische Agentur FORMEZ bietet kommunalen und regionalen Verwaltungen neuartige Serviceleistungen im Bereich der europäischen Informationen. Außerdem fördert sie die Zusammenarbeit zwischen Regionen.

„Alle für einen, einer für alle“ – könnte diese Devise nicht auch auf die für die Strukturfonds zuständigen Beamten der lokalen und regionalen italienischen Gebietskörperschaften zutreffen? Schließlich geht es ihnen allen, in welcher Region sie auch tätig sind, um einen einfachen Zugang zu den gleichen präzisen Informationen über Europa, seine Politiken und seine Programme. Viele von ihnen stellen sich Fragen, die andere Kollegen sicherlich beantworten könnten. Angesichts dieser gemeinsamen Bedürfnisse bietet es sich geradezu an, gemeinsame Informationsinstrumente einzuführen, die jedem zugute kommen. Auf diesem Prinzip wurde FORMEZ aufgebaut.

FORMEZ ist eine private italienische Agentur mit öffentlichen Partnern und Geldgebern: dem Ministerium des öffentlichen Dienstes (dem Premierminister unterstellt), den Regionalregierungen, der nationalen Vereinigung italienischer Gemeinden (ANCI), der Union der italienischen Provinzen (UPI), der nationalen Union der Berggemeinschaften (UNCCEM) usw.

FORMEZ wurde ursprünglich eingerichtet, um die süditalienischen Beamten weiterzubilden und zu beraten, und den Regionen so zu helfen, den Rückstand gegenüber dem Norden aufzuholen. Später wurde die Agentur auf die Staatsbeamten von ganz Italien ausgedehnt. Nach und nach wurde auch der Gesellschaftszweck erweitert, da es sich als notwendig erwies, den Beamten der italienischen Gebietskörperschaften auch spezielle Informationen über die Strukturfonds und die europäischen Politiken zu verschaffen.

Dieses Ziel vor Augen, hat FORMEZ 1997 das Informatikprojekt „EuroPA“ auf den Weg gebracht. EuroPA begnügt sich nicht damit, dokumentarische Informationen über die Europäische Union online zu

stellen, sondern dient als echte elektronische Plattform. Dieser gemeinsame Raum bietet den Beamten die Möglichkeit, Dateien einzuspeisen, die sie für interessant halten, an Diskussionsforen teilzunehmen, Experten (inner- oder außerhalb des FORMEZ-Netzes) zu befragen, Software-Programme gemeinsam zu nutzen... Ende 2001 hat die Agentur auf EuroPA eine Seite geöffnet, die speziell der transnationalen Zusammenarbeit gewidmet ist.

Auf dieser Seite erteilt FORMEZ den Beamten praktische Ratschläge im Zusammenhang mit transnationalen Partnerschaftsprojekten und macht ihnen darüber hinaus ein englisch-italienisches/italienisch-englisches Wörterbuch mit EU-Fachbegriffen verfügbar. Und zur Krönung des Ganzen bietet FORMEZ ein Instrument für internationale Partnersuche an, das in beiden Richtungen funktioniert: Italiener, die mit einer Organisation im Ausland zusammenarbeiten möchten, können hier ihre Anzeige aufgeben, und die Angehörigen anderer europäischer Länder, die an Kontakten mit italienischen Kommunal- und Regionalverwaltungen interessiert sind, können EuroPA ebenfalls aktivieren.

Neben der virtuellen Kommunikation lässt FORMEZ den Bewerbern persönliche Hilfe bei der Organisation eines Besuchs oder eines Erfahrungsaustauschs mit einer anderen europäischen Region zukommen. Im Oktober 2002 zum Beispiel hat die Agentur an der Durchführung einer Studienmission in Schottland für fünf norditalienische Provinzverwaltungen mitgewirkt. Der Zweck der Reise: an Ort und Stelle die Arbeitsweise der für ihre Effektivität berühmten britischen Arbeitsämter zu beobachten. Im Anschluss an diesen Besuch ist nun eine ähnliche Partnerschaft mit den Arbeitsämtern in Deutschland vorgesehen.



In Italien organisiert FORMEZ für die Beamten dezentralisierte Lehrgänge über die „grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Gemeinschaftsprogrammen“. Derartige Kurse wurden unter anderem auf Sizilien, in Bari, Livorno oder der Provinz Belluno angeboten.

FORMEZ unterstützt auch die Zusammenarbeit über die Grenzen der Union hinaus: Mithilfe der Agentur machen öffentliche italienische Partner Beauftragten für lokale Entwicklung in Buenos Aires ihr Know-how verfügbar. Mit der Slowakei wurde ein Partnerprojekt im Agrarbereich auf die Beine gestellt. Und auch mit Rumänien und Slowenien wurden Partnerschaftsbande geknüpft, um diesen Ländern bei der Modernisierung ihrer Verwaltungen zu helfen. An der Schwelle zur EU-Erweiterung ist es wichtiger als je zuvor, großräumig zu denken...

Kontakt:

FORMEZ

Via Salaria, 229

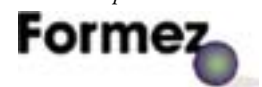
I-00199 Rom

Tel. (39) 6 84 891

E-Mail: europa@formez.it

Internet:

<http://europa.formez.it/cooperazione.html>



Entdeckungsreise durch ein Beitrittsland

Malta

Bindeglied im Mittelmeer

Das künftige EU-Mitglied Malta, das eine Brücke zwischen Europa und der arabischen Welt schlägt, hält trotz seiner kleinen Größe und seiner Insellage solide Trümpfe in der Hand und verfügt über eine gesunde Wirtschaft.

Malta ist das kleinste der neuen Beitrittsländer, aber mit seinen 1 234 Bewohnern pro km² auch der am dichtesten besiedelte Staat Europas. Das Land ist ein Archipel, der aus den drei Inseln Malta, Gozo und Comino besteht. Im Zentrum des Mittelmeers gelegen, hat Malta im Laufe seiner langen Geschichte eine reiche Verschmelzung von Kulturen und Zivilisationen erlebt: Araber, Phönizier, Karthager...

Nach 150 Jahren britischer Herrschaft wurde Malta 1964 unabhängig und am 13. Dezember 1974 zur Republik. Die offiziellen Landessprachen sind Maltesisch und Englisch.

Dank eines seit etwa zehn Jahren anhaltenden Wachstums geht es der maltesischen Wirtschaft relativ gut: Das Einkommen pro Einwohner entspricht etwa dem von Portugal, die Arbeitslosenquote entspricht dem Durchschnitt der derzeitigen 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Inflation ist mit 2,2 % im Jahr 2002 ausgesprochen niedrig. Der einzige Schwachpunkt ist die ziemlich hohe öffentliche Verschuldung: im Jahr 2000 60,6 % des BIP.

Malta hält trotz seiner kleinen Größe beachtliche Trümpfe in der Hand: sein touristisches Potenzial, qualifizierte und mehrsprachige Arbeitskräfte, hoch



moderne Wirtschaftssektoren im Bereich der Elektronik (Halbleiter). Allerdings sind auch Schwachpunkte zu erkennen, zum Beispiel Probleme mit dem Müllmanagement, schlechte Wasserqualität oder die anfällige Landwirtschaft. Malta, das die drittgrößte Handelsflotte der Welt besitzt, galt jahrelang als Paradies für Billigflaggen – nicht gerade ein ehrenvoller Ruf. Heute bemüht sich das Land durch eine Reform seines Seegesetzbuches, sein angekratztes Image aufzupolieren.

Das politische Leben des Landes wird von zwei Parteien geprägt: der nationalistischen (konservativen) Partei und der Arbeiterpartei. Erstere ist pro-europäisch eingestellt; sie hat die Liberalisierung des Landes in Angriff genommen und Importbarrieren abgebaut. Als 1996 die Arbeiterpartei an die Macht kam, wurde Maltras Antrag auf den Beitritt zur Europäischen Union zurückgezogen, nur um zwei Jahre später, als die nationalistische Partei wieder am Ruder war, erneut eingereicht zu werden. Als erstes Bewerberland hat Malta seine Bevölkerung am 8. März 2003 über den Beitritt entscheiden lassen. Das Ergebnis – 53,65 % Ja-Stimmen – ist ein klarer

Sieg für den konservativen Premierminister Edward Fenech Adami.

Im Gegensatz zu den mittel- und osteuropäischen Ländern hat Malta nicht von den beiden Heranführungsinstrumenten Sapard (Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums) und ISPA (Verkehr und Umwelt) profitiert. Aber deshalb wurde die Insel noch lange nicht vergessen: Für den Zeitraum 2000–2004 wird sie über die Heranführungsinstrumente insgesamt 38 Mio. EUR erhalten – eine Summe, zu der noch diverse Beihilfen von MEDA, dem Instrument für Euro-Mittelmeer-Partnerschaften, hinzukommen.

Derzeit ist Malta damit beschäftigt, seine künftige Politik zur Beseitigung regionaler Unterschiede vorzubereiten und seinem Entwicklungsplan für 2003–2006 den letzten Schliff zu geben. Von 2004–2006 müsste Malta im Rahmen von Ziel 1 rund 55,9 Mio. EUR erhalten.

Kontakt:

Office of the Prime Minister
Auberge de Castille,
Valletta CMR 02 (Malta)
Tel. (356) 212 25231 (212 42560)
Fax (356) 212 49888
Internet: <http://www.opm.gov.mt>

Fläche

316 km²

Bevölkerung

393 000 Einwohner (2001)

Bevölkerungsdichte: 1 234 Einw./km²
(EU-15: 118 Einw./km²)

Wirtschaft und Beschäftigung

Index Pro-Kopf-BIP/KKS (2000):

53 (EU-15: 100)

Arbeitslosenrate (2002):

7,4 % (EU-15: 7,6 %)

Fragen an Edward Fenech Adami, Premierminister der Republik Malta



Malta steht kurz vor seinem Beitritt zur Europäischen Union. Alle Wirtschaftsindikatoren für Ihr Land sind positiv, mit einer Ausnahme: die Höhe der Staatsverschuldung. Wie kann Ihre Regierung dieses Problem in den Griff bekommen?

Wir wollen das staatliche Haushaltsdefizit schrittweise, aber konsequent reduzieren. Meine Regierung hat bereits ihre Absicht erklärt, ihre Ausgabenprogramme zu überprüfen und das Steuereinzugsverfahren wirksamer zu gestalten. Wir werden mit aller Entschlossenheit dafür sorgen, dass Sozialdienstleistungen ganz gezielt denjenigen zugute kommen, die sie wirklich verdienen, und dass die Steuerlast gerecht verteilt wird.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass man im Hinblick auf die Steuerungerechtigkeit Verbesserungen erreichen kann, ohne das Funktionieren der Wirtschaft unnötig zu beeinträchtigen. Die Schaffung eines unternehmensfreundlicheren Wirtschaftsumfelds spielt eine wichtige Rolle in der Strategie, mit deren Hilfe die Regierung die Steuerungerechtigkeit im Zaum halten und nach und nach abbauen will. Daher halten wir an dem Weg fest, den wir in den letzten paar Jahren eingeschlagen haben – ich meine damit die aktivere Beteiligung aller Sozialpartner am Entscheidungsprozess. Diese strategische Entscheidung meiner Regierung stärkt nicht nur das Sozialgefüge unseres kleinen Landes, sondern unterstützt zudem unser Programm für wirtschaftliche und finanzielle Umstrukturierung und seine Glaubwürdigkeit.

Gibt es in einem so kleinen Gebiet wie dem Archipel von Malta überhaupt „regionale Unterschiede“? Wenn ja, wie sollen sie abgebaut werden? Welches sind, allgemein gesagt, Ihre wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten?

Malta's Regierungen haben sich um eine geografisch gerechtere Partizipation an den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten der Nation bemüht. Wir haben mit der Europäischen Union zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass die Probleme in Bezug auf bei uns bestehende regionale Disparitäten im Anschluss an Malta's Beitritt zur Europäischen Union effektiver in Angriff genommen werden. Malta hat unter Kapitel 21 des Acquis Communautaire (d. h. des Gemeinschaftlichen Besitzstandes) ein besonderes Zugeständnis ausgehandelt, und zwar einen speziellen

Schwerpunkt für die Insel Gozo. Sowohl die Malteser Regierung als auch die Europäische Kommission sind davon überzeugt, dass die über diesen speziellen Schwerpunkt zu finanzierenden Projekte für die Insel Gozo die gravierendsten Entwicklungshemmnisse auf umfassende und systematische Weise ausräumen. Wir haben eine im Mai 2002 abgeschlossene Studie in Auftrag gegeben, um objektiv festzustellen, welche Faktoren die soziale und wirtschaftliche Entwicklung auf der Insel Gozo gehemmt haben und immer noch hemmen. Die Ergebnisse dieser Studie fließen in die „Gozo“-Priorität des Einzigen Programmplanungsdokuments (EPPD) ein. Darüber hinaus kommt Gozo auch für andere Projekte im Rahmen aller anderen Prioritäten des EPPD in Betracht.

Meine Regierung betrachtet es als vorrangig, die erforderliche Infrastruktur für den Produktions-, Verkehrs- und Umweltsektor und die Humanressourcen der lokalen Wirtschaft bereitzustellen. Besonderes Gewicht wurde dabei auf die Entwicklung von Berufsausbildung gelegt. Diese Maßnahmen sollen im Endeffekt gewährleisten, dass ähnlich benachteiligte Regionen in die Lage versetzt werden, sich voll in den in Malta laufenden Entwicklungsprozess einzugliedern. Außerdem müssten sie sicherstellen, dass die erheblichen Vorteile in Verbindung mit dem EU-Beitritt unseres Landes gleichmäßiger über die verschiedenen Gebiete von Malta verteilt werden.

Malta gehörte zu den aktiven Teilnehmern von MEDA, dem Programm für Euro-Mittelmeer-Partnerschaft. Welchen Nutzen hat dieses Programm Malta gebracht?

Malta erfüllt die Kriterien zur vollen Teilnahme an allen Programmen und Initiativen, die unter dem regionalen Teil von MEDA gefördert werden. Die von MEDA unterstützten regionalen Initiativen umfassen Projekte unter Euromed Heritage, dem Aktionsprogramm Euromed Youth und Euromed Information Society. Einer Reihe von Malteser Einrichtungen konnten in den letzten Jahren für ihre Projekte regionale Fördermittel von MEDA bekommen, und MEDA finanziert auch einige Euromed-Sitzungen, die auf Malta stattfinden.

Besonders wichtig sind die zweimal pro Jahr stattfindenden Informations- und Ausbildungsveranstaltungen für Diplomaten, mit denen die Mediterranean Academy of Diplomatic Studies betraut wurde, und das von der Stiftung für Internationale Studien an der Universität von Malta geleitete MA-Programm über Menschenrechte und Demokratisierung. Dies sind mittlerweile regelmäßige Aktivitäten, die unter dem MEDA-Regionalprogramm finanziert werden.

Die Bindung der unter MEDA vergebenen Mittel hat sich im Anschluss an die Dezentralisierung der Aktivitäten der Kommission im Rahmen des Barcelona-Prozesses allgemein verbessert. Der Beitritt der neuen Mitgliedstaaten könnte zu einer erhöhten Beanspruchung des regionalen Teils der MEDA Mittel führen; dieser Aspekt sollte daher gebührend berücksichtigt werden.

Der Wert eines Landes hängt nicht unbedingt von seiner Größe ab. Welche wesentlichen Beiträge hat die Europäische Union von Malta, dem kleinsten seiner 25 Mitglieder, zu erwarten?

Malta's Bewerbung um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union unterstreicht unsere Bindung an die Ideale der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, um deren Festigung und Aufrechterhaltung wir uns konsequent bemüht haben und auf denen die Europäische Union aufgebaut ist.

Malta war immer bestrebt, in verschiedenen internationalen Foren wie etwa den Vereinten Nationen, dem Europarat und dem Commonwealth aktiv mitzuwirken. Gerade wegen ihrer Größe können kleine Länder oft wirksamer zur Lösung gewisser Probleme beitragen, für die es keine Standardrezepte gibt. Wir haben uns immer darum bemüht, eine Alternative oder einen dritten Weg zu finden.

In diesen Foren waren wir stets darauf bedacht, uns durch die aktive Unterstützung politischer Maßnahmen zur Förderung von Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Region für die gemeinsamen Interessen der Mittelmeerregion einzusetzen. Malta ist fest entschlossen, die Stabilität im Mittelmeerraum auf bilateraler, regionaler und internationaler Ebene zu fördern. Wir sind davon überzeugt, dass wir zu einem Geist des gemeinsamen Wohlstands und zu mehr Stabilität in der Mittelmeerregion beitragen können, sowohl durch unsere eigenen Bemühungen als auch durch die Unterstützung entsprechender Anstrengungen der Union. Unsere Erfahrungen und Kenntnisse des Mittelmeerraums gehören zu den wichtigsten Vorteilen, die Malta der EU zu bieten hat.

Wir bringen also der Union unter anderem genaue Kenntnisse einer Region, deren Stabilität für Europa lebenswichtig ist. Indem wir die beiden zusammenbringen, werden wir ohne jeden Zweifel erheblich dazu beitragen können, die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union vom Inneren der Union aus weiter voranzubringen.

Das Gespräch wurde im Juni 2003 geführt.

Porträt einer Region

Südschweden

Ein Tor zum Baltikum

Vor allem seine Aufgeschlossenheit für Zusammenarbeit hat Südschweden zu einer der am weitesten entwickelten Regionen Nordeuropas und zu einem Tor zu sämtlichen Ostseeländern gemacht.



Unter der Bezeichnung „Sydsverige“ (Südschweden) sind die sechs Provinzen Skåne, Halland, Jönköping, Kronoberg, Blekinge und Kalmar zusammengefasst; auf ihrem Gebiet von insgesamt etwa 51 000 km² leben insgesamt 2,3 Millionen Einwohner, das heißt ein Viertel der schwedischen Bevölkerung. Auch wenn es in Südschweden außer Malmö (250 000 Einwohner) keine Großstädte gibt, hat es auf nationaler Ebene erhebliches Gewicht. Im Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt es unter den schwedischen Regionen an vierter Stelle.

Die regionale Wirtschaft wird von einem leistungsstarken Sekundärsektor gestützt, der Unternehmen von Weltruf (Ericsson, IKEA, Tetra Pak...) umfasst. Dank des südschwedischen Natur- und Kulturerbes findet auch die Tourismusbranche in dieser Region seit langen Jahren ein gutes Auskommen. Heute wird der Tourismus durch die so genannte Event-Industrie (*siehe folgenden Artikel*) weiter angekurbelt. Auch die neuen, auf Forschung basierenden Wirtschaftsaktivitäten (Telematik, Medizin, Umweltwissenschaften, Polymertechnologie usw.) sorgen für

neue Arbeitsplätze und Wohlstand. Rund um die drei Universitäten und sieben Hochschulen der Region sind Wissenschaftsparks entstanden, darunter der 1983 in Lund gegründete „Ideon“, der erste in ganz Skandinavien.

Eine der Stärken der regionalen Akteure liegt in ihrer Fähigkeit, in Netzwerken und Industrie-Clustern zu arbeiten. Die interregionale Zusammenarbeit erfolgt nach dem Modell der so genannten „Dreier-Helix“, der Partnerschaft zwischen dem privaten, öffentlichen und Hochschulsektor. Ein überzeugendes Beispiel auf internationaler Ebene ist die Teilnahme Südschwedens am Projekt „Highest ++“, einem Netz von Unterstützungsstrukturen für Unternehmen in fünf europäischen Gebieten. Die anderen vier Partnerregionen sind Alpes Maritimes (Frankreich), Helsinki (Finnland), Turin (Italien) und Berlin (Deutschland). Im Übrigen wurde Südschweden von der Europäischen Kommission bereits zwei Mal – 2001 und 2002 – mit dem „Award of Excellence for Innovative Regions“ ausgezeichnet.

Südschweden, strategisch günstig am Eingang zur Ostsee gelegen, unterhält seit der Hansezeit enge Beziehungen mit seinen Nachbarn, also mit Estland, Lettland, Litauen, Russland, Polen, Deutschland und Dänemark. In diesen grenzübergreifenden Austauschaktivitäten spielt das Programm Interreg heute eine sehr wichtige Rolle.

Der schwedischen Regierung ist daran gelegen, die russische Enklave Kaliningrad in den Kooperationsraum des Baltikums einzugliedern; in diesem Kontext hat das *SydSam*, die Koordinierungsstruktur des Netzwerks der sechs südschwedischen Provinzen, im Jahr 2000 mit der Oblast (Region) Kaliningrad ein Kooperationsübereinkommen über den Austausch auf Gebieten wie etwa Demokratie, Gesundheit und medizinische Unterstützung, Umwelt und Kultur geschlossen.

Kontakt:

Sofie Gardestedt
SydSam/Europa-Büro Südschweden
Baltic Sea House, Avenue
Palmerston 26
B-1000 Brüssel
Tel. (32-2) 235 26 60
Fax (32-2) 235 26 69
E-Mail: sofie.gardestedt@sydsam.be

Fläche

52 448 km²

Bevölkerung (2003)

2 313 092 Einwohner

Bevölkerungsdichte: 44 Einw./km² (EU-15: 118 Einw./km²)

Wirtschaft und Beschäftigung

Index Pro-Kopf-BIP/KKS (2000):

98 (EU-15: 100)

Arbeitslosenrate (2001): 6,4 % (EU-15: 8,3 %)

Rockmusik bringt die lokale Entwicklung in Schwung

Die Event-Industrie gilt heute als viel versprechende Quelle neuer Arbeitsplätze, und Südschweden hat auf diesem Gebiet besonders gute Karten – die weltbekannten Bands Roxette, die Cardigans und The Ark stammen alle drei aus der Region. Rockmusik ist zu einer echten regionalen Spezialität geworden. Nicht zuletzt dank der Hilfe der Strukturfonds.

In der von Wäldern umgebenen Kleinstadt Hultsfred (5 500 Einwohner) findet seit 1986 das größte Rock-Festival von ganz Schweden statt. 40 000 Besucher, über 100 Künstler, 1 200 Journalisten und Millionen Fernsehzuschauer und Internet-Surfer (die Veranstaltung wird im Internet übertragen) vibrierten am 12., 13. und 14. Juni zu den Klängen von „Rock City Hultsfred 2003“.

Doch wenn die Bühnen wieder abgebaut, die Schlafsäcke zusammengerollt und die Musikfans abgereist sind, verfällt das Städtchen keineswegs in einen Tiefschlaf. Hultsfred hat sich nämlich zu einem bevorzugten Treffpunkt für schwedische Rock- und Popmusiker entwickelt. Das ganze Jahr hindurch stehen völlig unbekannten Gruppen wie namhaften Musikern hier alle Infrastrukturen zur Verfügung, die man braucht, um zu üben, Songs aufzunehmen und Konzerte zu geben. Und neben den entsprechenden Dienstleistungen finden sie in Hultsfred auch die rich-

tige Atmosphäre vor, um sich zu perfektionieren und ihren Inspirationen freien Lauf zu lassen.

Schwedens Erfolg in der Musikszene bringt dem Land erhebliche Einnahmen – Musik ist heute der drittgrößte schwedische Exportartikel. Daher hat die schwedische Regierung beschlossen, Hultsfred zur Hauptstadt des Musik- und Event-Sektors Schwedens zu machen, und dort die Einrichtung eines Zentrums von Unternehmen zu unterstützen, die auf Musik und damit verbundene Veranstaltungen spezialisiert sind.

Das dortige Gymnasium organisiert Schulprogramme im Zusammenhang mit Musik und Events. Seit Herbst 2000 erteilt die Hochschule von Kalmar einen speziell für diese Branche bestimmten Managementkurs. Weit mehr als ein Festival, bietet „Rock City Hultsfred“ dem Musik- und Event-Sektor eine breite Palette von Möglichkeiten, die von zahlreichen Musik-, Telematik- und Filmunternehmen bereits eifrig genutzt werden.

Das gesamte Entwicklungsprojekt wird unter Ziel 2 in Höhe von 3,7 Mio. EUR unterstützt; davon stammen 1 Million vom EFRE, 1,6 Millionen aus öffentlichen schwedischen Mitteln und 1,1 Million aus Privatquellen.

Hier finden Sie weitere Informationen über den Hintergrund und die Entstehung des Projekts:

http://europa.eu.int/comm/regional_policy/innovation/innovating/pacts/tp/list/hul-fr.html



Vielseitige Zusammenarbeit

Medicon Valley Academy

Dieses Kooperationsprojekt, das teilweise vom Programm Interreg IIA (etwa 700 000 EUR) unterstützt wird, hat zwischen Schweden und Dänemark einen Austausch von Wissen, Know-how und Ressourcen im medizinischen Bereich in Gang gebracht. www.mva.org

SEBTrans

SEBTrans ist ein Interreg-IIC-Projekt, das auf die Bewertung der zukünftigen Nachfrage nach nachhaltigen Verkehrsdienstleistungen zwischen den Regionen der beiden südlichen

Ostseeufer abzielte. www.sebtrans.com

Kulinarisches Erbe

Südschweden nimmt an „Culinary Heritage Europe 2003-2005“ teil, einem Interreg-IIIC-Kooperationsprojekt zwischen 19 Regionen in neun Ländern. Es geht darum, durch die Unterstützung kleiner Erzeuger hochwertiger Nahrungsmittel die ländliche Entwicklung zu stimulieren. www.culinary-heritage.com

SWEBALTCOP

Dieses im Rahmen von Artikel 10 des EFRE durchgeführte grenzüberschrei-

tende Projekt mündete in 70 gelungene Kooperationen zwischen Baltikstaaten. www.swebaltcop.org

Lebensqualität: „Seagull“

Das mit 6 Mio. EUR ausgestattete Projekt Seagull (Möwe), das derzeit im Rahmen der Euregion Baltikum durchgeführt wird, bemüht sich in erster Linie um die Ausarbeitung und Umsetzung einer Strategie und eines transnationalen Entwicklungsplans für die gesamte Euregion.

www.euro-balt.org/english/projects/seagull/seagull.asp

Über die Verordnung 1159/2000 hinaus: Fachmännische Öffentlichkeitsarbeit für die Strukturfonds

Mehr Information über die Strukturfonds hat für die Behörden ab sofort Priorität. Mit lediglich punktuellen Aktionen ist es nicht mehr getan: Künftig muss eine umfassende Kommunikationsstrategie entwickelt werden, die sowohl die potenziellen Begünstigten als auch die breite Öffentlichkeit erreicht. Die europäische Verordnung 1159/2000 gibt einen gemeinsamen Rahmen vor und fordert alle Beteiligten auf, ihre Kreativität spielen zu lassen.

Im Jahr 2001 führte die DATAR, die französische Agentur für Raumordnung, unter den verschiedenen Regionen Frankreichs eine Erhebung durch. Es ging darum, herauszufinden, wie und mit welchen Mitteln die einzelnen Regionen über die Strukturfonds informieren. Die von der Universität Paris IV (Sorbonne) ausgewertete Untersuchung ergab, dass 56 % der befragten Regionen ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Strukturfonds während des Zeitraums 1994-1999 für „untauglich“ hielten. Kein erfreuliches Ergebnis...

Es war zwar nur eine Erhebung, noch dazu in einem einzigen Land. Aber sie machte eine weit verbreitete Tendenz sichtbar: die Öffentlichkeitsarbeit für die Strukturfonds hatte für die Behörden in der Vergangenheit keine Priorität.

Mit der aktuellen Generation der Strukturfonds (2000-2006) wurde ein anderer Kurs eingeschlagen. Die Kommission hat eine neue Verordnung⁽¹⁾ über die von den Mitgliedstaaten zu ergreifenden Informations- und Publizitätsmaßnahmen verabschiedet – eine Verordnung mit Katalysatorwirkung, die vor allem eine Idee in den Mittelpunkt stellt: Fachmännische Information über die Strukturfonds, auch für die breite Öffentlichkeit, gilt heute – ebenso wie eine gute Leitung und eine gute Finanzverwaltung der Programme – als eine wesentliche Aufgabe.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1159/2000 der Kommission vom 30. Mai 2000 über die von den Mitgliedstaaten zu treffenden Informations- und Publizitätsmaßnahmen für die Interventionen der Strukturfonds.

Der Sinn des Ganzen

Eine effektive Öffentlichkeitsarbeit verfolgt drei Ziele. Zunächst geht es darum, durch umfassende Informationen über die Verfahren und Möglichkeiten die Chancengleichheit zwischen allen potenziellen Begünstigten zu gewährleisten.

Zweitens entspricht es den demokratischen Grundsätzen, Rechenschaft über die Verwendung der Mittel abzulegen und Bürgerinnen und Bürger wissen zu lassen, was konkret mit ihren Steuern geschieht.

Nicht zuletzt hängt die Wirksamkeit der Interventionen selbst auch davon ab, dass die Menschen in der Region umfassend informiert sind. Die Tatsache, dass die unternommenen Aktionen sichtbar sind, ermuntert selbst

die skeptischsten sozioökonomischen Akteure, sich an der Entwicklung ihrer Region zu beteiligen. Die betroffenen Akteure lassen sich auf diese Weise viel besser mobilisieren. So erreicht man eine nachhaltige und spürbare Wirkung.

Ein weiteres Schlüsselprinzip der neuen Verordnung: Die für die Kommunikation verantwortlichen Behörden sollten nicht isoliert handeln. Vielmehr geht es darum, dass eine richtige Informationskette in Gang kommt. Es ist beispielsweise sehr nützlich, wenn sich die von den Strukturfonds geförderten Projekte an diesen gemeinsamen Kommunikationsbemühungen beteiligen, indem sie die dank der Strukturpolitik erreichten Ergebnisse präsentieren, die grundlegenden Botschaften dieser Politik verbreiten und so zu „Botschaftern“ der Europäischen Union werden.



Die Verordnung hebt einen wesentlichen Punkt hervor: Es kommt darauf an, die Sichtbarkeit der gemeinsamen Aktion der Union und der Mitgliedstaaten sicherzustellen. Häufig bleibt nur der finanzielle Teil im Gedächtnis haften, aber damit wird man der Sache natürlich nicht gerecht. Die Strukturpolitik der Europäischen Union beschränkt sich nicht auf die Verteilung von Fördermitteln. Sie hat eigene Ziele, eine eigene Methode. Die Strukturbeihilfen werden nur unter der Voraussetzung gewährt, dass sie einer europäischen Logik entsprechen. Diese Logik gilt es herauszuarbeiten.

Überdies muss die Öffentlichkeitsarbeit die Tatsache widerspiegeln, dass die Strukturpolitik der Union zu Frieden und Stabilität unseres Kontinents beiträgt und damit das Projekt der europäischen Integration vorantreibt. Sie bekämpft die sozioökonomischen Unterschiede zwischen den Bürgern, die sehr oft die Hauptursache für soziale Spannungen und Probleme sind.

Kreativität

Bleibt die Frage, wie sich der breiten Öffentlichkeit und Nicht-Einge-weihten diese Botschaften vermitteln lassen. Eins steht fest: Verwaltungsjargon, Amtssprache, unnötige Details, Propaganda usw. sind unbedingt zu vermeiden. Die Informationen sollten möglichst auf konkreten Fakten beruhen, anhand derer man erklären kann, auf welche Weise die von den Strukturfonds geförderten Projekte effektiv zur Verbesserung der Lebensbedingungen eines jeden beitragen.

In der Regel werden zwei Mittel eingesetzt, um ein breites Publikum zu erreichen: Werbung und Zusammenarbeit mit Journalisten. Die neue Verordnung legt besonderes Gewicht auf die Beziehungen zu den Medien. Presse, Rundfunk und Fernsehen stehen in direktem Kontakt mit den Bürgern. Sie kennen ihre Bedürfnisse und wissen genau, wie man eine technische Information in eine attraktive Form bringt. Natürlich braucht es seine Zeit, um diese Zusammenarbeit mit den Medien aufzubauen.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist eine wichtige Aufgabe, die man nicht dem Zufall überlassen darf. Es müssen

klare Ziele formuliert werden, die auf einer vorausgehenden Analyse der aufgetretenen Probleme beruhen. Daher sieht die Verordnung für die Behörden zwei neue Verpflichtungen vor, die für den Erfolg von Informationsmaßnahmen unerlässlich sind:

Erstens muss künftig, jeweils für ein paar Jahre, ein globaler Kommunikationsplan erstellt werden, und zweitens sind die Verwaltungsbehörden fortan gehalten, eine regelrechte Bewertung der Kommunikationsinitiativen vorzunehmen.

Die Verordnung der Kommission legt Mindestregeln fest. Sie gibt Orientierungen vor und erläutert bestimmte Grundsätze. Als Leitfaden für die



Öffentlichkeitsarbeit ist sie jedoch nicht gedacht. Der Zweck dieser Verordnung besteht vor allem darin, die Behörden zu einem kreativen Vorgehen zu ermutigen. Es ist der Mühe wert, denn schließlich kommt eine wirksame Information allen Parteien – Verwaltungen, Projektträgern, wirtschaftlichen und sozialen Akteuren und den Bürgern – gleichermaßen zugute.

Einige Slogans

Um die Strukturfonds bekannt zu machen, haben mehrere Behörden sich einen griffigen Slogan ausgedacht.

Das Rezept einer wirksamen Botschaft? Positive, einfache und anschauliche Worte; die Zielgruppe in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stellen; den Leser direkt ansprechen; die Idee eines bürgernahen Europas... und ein guter Schuss Fantasie. Einige Beispiele:

„Mijn idee“ (Meine Idee)

Region Flevoland (Niederlande)

„Personne ne reste sur la touche“ (Keiner bleibt außen vor)

Region Wallonien (Belgien)

„You are now sitting on a whole load of European money“

(Sie sitzen gerade auf einer Menge europäischer Fördermittel)

Tyneside (Vereinigtes Königreich)

„L'Europe avec nous“ (Europa mit uns)

Region Languedoc-Roussillon (Frankreich)

„Your plan, your future“ (Ihr Projekt, Ihre Zukunft)

Irland

„L'Europe de vos projets“ (Das Europa Ihrer Projekte)

Region Centre (Frankreich)

„Europe and Scotland, making it work together“ (Europa und Schottland: gemeinsam dafür sorgen, dass es funktioniert)

Schottland (Vereinigtes Königreich)

Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch (Italien) Strukturfonds – der Natur zuliebe

Um die Grundlagen für eine nachhaltige regionale Entwicklung zu schaffen, finanzieren die Strukturfonds auch zahlreiche Umweltprojekte. Die autonome Provinz Bozen koordiniert im Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch mehrere solcher Vorhaben.

Der Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch erstreckt sich über 1 350 m² an den Grenzen von Südtirol (autonome Provinzen Bozen und Trient) und der Lombardei. Eine seiner Grenzen teilt er sich zudem mit dem Schweizer Nationalpark, der mit seinen 169 km² gewissermaßen seine Verlängerung im Kanton Graubünden darstellt. Es handelt sich hier um eines der größten Naturschutzgebiete Europas. Die Leitung und Koordinierung des Parks liegen seit einigen Jahren in Händen eines Konsortiums, in dem die Ausschüsse und Vertreter aller Parteien des Gebiets, in dem sich der Park befindet, zusammengeschlossen sind. Freizeitaktivitäten, Umwelterziehung und ökologische Forschung gehören ebenso wie Umweltschutz zu den Aufgaben des Parks. In diesem Kontext führt der Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch seit mehreren Jahren Projekte durch, die nicht so sehr auf den Schutz von Flora, Fauna und natürlichen Habitaten abzielen als vielmehr darauf, das Publikum zu sensibilisieren. In diese Richtung gehen auch die Projekte im Rahmen von Ziel 2, Interreg und Leader+, die



Das Ökozentrum Naturatrafoi.

von der autonomen Provinz Bozen koordiniert werden.

Habitatp

Seit November 2002 wirken der Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch und die autonome Provinz Bozen im Rahmen des Netzwerks geschützter Gebiete des Alpenbogens an dem Projekt Habitatp (Vielfalt des alpinen Habitats) mit. Neun Nationalparks in Italien, der Schweiz, Österreich, Frankreich und Deutschland sind Partner dieser Interreg-IIIB-Maßnahme, die vom Nationalpark von Berchtesgaden in Bayern geleitet wird. Im Einklang mit den Prinzipien der

Habitat-Richtlinie und des Umwelt-netzes Natura 2000 zielt dieses Projekt darauf ab, die Daten in Verbindung mit der Langzeitbeobachtung bedrohter Tierarten zu harmonisieren. Bei diesen Beobachtungen werden sehr häufig Infrarot-Luftaufnahmen eingesetzt, mit denen sich die von den Tieren erzeugten Wärmequellen aufspüren lassen. Habitatp nimmt sich diese Fotos vor und analysiert und interpretiert sie gemäß eines gemeinsamen Schemas, um so alle Gebiete, die unter die Habitat-Richtlinie fallen müssten, genau identifizieren zu können. Sämtliche Daten werden anschließend in einer mehrsprachigen Datenbank zentralisiert. Das auf drei Jahre ausgelegte Projekt Habitatp verfügt über ein Budget von 1,5 Mio. EUR; davon kommen 700 000 EUR von der EU.

Goldener Bergadler

Einst war der goldene Bergadler in ganz Mitteleuropa verbreitet. Zu seinem Unglück wurde er im 19. und 20. Jahrhundert als „gefährliches Raubtier“ eingestuft und erbarmungslos gejagt, bis er so gut wie ausgestorben war. Den anderen großen Raubtieren der Alpen – Bartgeier, Wolf und Bär – widerfuhr das gleiche Schicksal.

Heute scheinen sich die Adlerpopulationen stabilisiert zu haben, aber es sind nicht genug Daten über ihre Lebensweise und ihr Fortpflanzungsverhalten verfügbar. Die Teilnehmer einer Sitzung des Netzwerks der geschützten Alpengebiete, die im Oktober 1999 in Rauris (Österreich) stattfand, hatten den Wunsch nach einer koordinierten Aktion zur Beobachtung und Untersuchung dieser Tierpopulationen geäußert. Daraufhin bildeten die Nationalparks Stelvio/Stilfserjoch, Dolomiti Bellunesi

Die „Habitatp“-Partner

- Nationalpark Berchtesgaden (Deutschland), Koordinator
- Parc national suisse (Schweiz)
- Parco Nazionale dello Stelvio (Italien)
- Parco Nazionale Dolomiti Bellunesi (Italien)
- Parco Nazionale del Gran Paradiso (Italien)
- Parco Naturale del Mont Avic (Italien)
- Provincia Autonoma di Bolzano / Autonome Provinz Bozen – Südtirol (Italien)
- Nationalpark Hohe Tauern (Österreich)
- Parc national de la Vanoise (Frankreich)
- Parc national des Ecrins (Frankreich)
- ASTERS (Frankreich)



(Italien) und Hohe Tauern (Österreich) eine Partnerschaft, um ihr Know-how, ihre Kenntnisse und Daten über den goldenen Bergadler gemeinsam zu nutzen und ihre Schutzmaßnahmen aufeinander abzustimmen. Das seit 2002 funktionierende Netzwerk betrifft ein Gebiet von 3 200 km². Im Rahmen des Programms Interreg IIIA Italien/Österreich wurden dafür 400 000 EUR bereitgestellt, davon 200 000 EUR aus Gemeinschaftsmitteln.

Das Zentrum „Naturatrafoi“

Neben „Aquaprad“ in Prad, das dem Thema Wasser gewidmet ist, und „Culturamartell“ in Trattla, bei dem es um die Lebensweise in Berggebieten geht, zählt auch „Naturatrafoi“ zu den drei thematischen Besucherzentren, die

der Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch eingerichtet hat. Dank der Gemeinschaftsinitiativen Leader II und Interreg II konnte es zwischen 2001 und 2002 von den Gemeinden von Stelvio/Stilfserjoch aufgebaut werden.

Diese 2002 eingeweihte Infrastruktur umfasst ein Empfangszentrum für die Besucher des Parks, Raum für Kongresse, Seminare und Lehrgänge, eine Bibliothek und eine Dauerausstellung von 400 m² über das Thema „Leben in Grenzgebieten“.

Eine Ziel-2-Beihilfe von 765 000 EUR (612 000 EUR davon zu gleichen Teilen von der autonomen Provinz Bozen und der Europäischen Union) hat nun die Einrichtung eines Natur-Hauses ermöglicht. Auch das Forschungszentrum für Alpenökologie des Parks wird sich demnächst in dem Komplex niederlassen.

Naturatrafoi, ein gelungener Mix aus Tourismus, Forschung, Kultur und Ökologie, dürfte sich im Hinblick auf Beschäftigung, Dienstleistungen und Gedankenaustausch als Strukturinstrument sowohl für die lokale Bevölkerung als auch für den gesamten Nationalpark Stelvio/Stilfserjoch erweisen.

Kontakt:

Arnold Karbacher
Parco Nazionale dello Stelvio/
Stilfserjoch
Piazza Municipio 1,
I-39020 Glorenza (BZ)
Tel. (39) 473 830430
Fax (39) 473 830510
E-Mail: arnold.karbacher@stelviopark.it



Regions in action, a country on the move – A selection of successful projects supported by the Structural Funds in Greece

26 Beispiele gelungener Projekte in Griechenland.



Liegt auf Griechisch, Englisch und Französisch vor.

Regionen leben auf – Erfolgsprojekte der Struktur-fonds aus Österreich

Beschreibung von 21 österreichischen Projekten, die von der EU kofinanziert wurden.



Liegt auf Deutsch und Englisch vor.

Partnerschaft mit den Städten – die Gemeinschaftsinitiative URBAN

Die „URBAN-Methode“, anhand zahlreicher Projekte veranschaulicht.



Liegt in den elf Amtssprachen der Union vor.



<http://www.eprc.strath.ac.uk/iqnet/iq-net>

IQ-Net ist ein europäisches Netzwerk regionaler und nationaler Partner in Programmen, die von den Strukturfonds in den meisten Ländern der Union unterstützt werden. Das Netzwerk will die Verwaltung der Strukturfondsprogramme durch gezielten Erfahrungsaustausch verbessern. In diesem Kontext organisiert IQ-Net ein Programm für angewandte Forschung und Debatten, das rund um zwei jährliche Begegnungen aller Partner gestaltet wird. Die Site von IQ-Net ist in acht Sprachen zugänglich: Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Italienisch, Dänisch, Finnisch und Schwedisch.

<http://www.ploteus.net>

Die Generaldirektion Bildung und Kultur hat ein neues Internet-Portal in 14 Sprachen eröffnet: „Ploteus“ (Portal on Learning Opportunities Throughout Europe). Die Titel der einzelnen Rubriken, die über dieses europäische Portal für Lernangebote zugänglich sind, vermitteln eine gute Vorstellung von seinem Nutzen: „Lernangebote“, „Bildungssysteme“, „Austausch“, „Kontakt“ und „Länderinformationen“. Eine der wichtigsten Funktionen von Ploteus besteht darin, dass dieses Portal zahlreiche Links mit nationalen Bildungs-Sites, Schulen und Bildungseinrichtungen aller Art und jedes Niveaus verfügbar macht.



<http://www.isc-europe.com/epoline/>

Seit rund 30 Jahren schützt das Europäische Patentamt (European Patent Office/EPO) die Erfindungen und Rechte an geistigem Eigentum in 24 Mitgliedsländern. Das EPO, das jährlich etwa 150 000 Patentanträge bearbeitet, hat im Jahr 2001 eine Internet-Site eröffnet, über die die Datenbank der beim Patentamt eingereichten Patente – d. h. gut drei Millionen dokumentarische Quellen – online konsultiert werden kann. Darüber hinaus erlaubt „Epoline“ Erfindern und Entwicklern, ihren Patentantrag ohne Umwege online einzureichen.

<http://www.interregnorthsea.org>

Die Website des Interreg-IIIb-Nordseeprogramms, das Regionen in den sieben Ländern rund um die Nordsee (Dänemark, Belgien, Deutschland, die Niederlande, Norwegen, Schweden und das Vereinigte Königreich) umfasst, ist neu gestaltet worden. All diejenigen, die auf gleich welcher Ebene mit dem Programm zu tun haben, wie auch die Öffentlichkeit finden nun auf dieser Site bessere und ausführlichere Informationen. Schauen Sie sich einmal die interaktive Karte unter „Projects“ – „Projects in your Area“ an, die Informationen und Links zu Projekten in den einzelnen Ländern enthält. Die Website erteilt ferner nützliche Informationen über den „Projektzyklus“ und kann so Projekte durch die einzelnen Stadien leiten – von der ersten Idee bis zur Einreichung des Abschlussberichts.



Ansprechpartner

Europäische Kommission, Generaldirektion „Regionalpolitik“
Referat 01 – „Information und Kommunikation“
Thierry Daman
41, avenue de Tervuren, B-1040 Brüssel
Fax (32-2) 296 60 03
E-Mail: regio-info@cec.eu.int
Internet: http://europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_de.htm

Kommissar Michel Barnier
http://europa.eu.int/comm/commissioners/barnier/index_de.htm

Informationen über die Regionalförderung der Europäischen Union
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2003
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Printed in Belgium



Amt für Veröffentlichungen

Publications.eu.int